



Freie und Hansestadt Hamburg  
Behörde für Schule und Berufsbildung  
Amt für Schule

# **Rahmenrichtlinien Gemeinschaftskunde in der Studienstufe**

V HH  
-5(1981)

Hamburg, im Februar 1981

Georg-Eckert-Institut BS78



1 121 944 0



# RAHMENRICHTLINIEN GEMEINSCHAFTSKUNDE IN DER STUDIENSTUFE

## Amt für Schule

Referat: S 221/3  
Referent: Hans Endlich, Amt für Schule

### Lehrplanausschuß:

Rotraut Bulle, Heilwig-Gymnasium  
Reinhard Förster, Gymnasium Oberalster  
Christine Gronert, Lohmühlen-Gymnasium/Studienseminar  
Helmut Kittlitz, Gymnasium Meiendorf/Studienseminar  
Jürgen Martens, Friedrich-Ebert-Gymnasium/Studienseminar  
Harri Rusch, Institut für Lehrerfortbildung  
Dr. Jürgen Schmidt-Petersen, Gymnasium Finkenwerder  
Dr. Michael Seidel, Gymnasium Hartzloh  
Günter Warnecke, Alexander-von-Humboldt-Gymnasium/Studienseminar

Der Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 2.6.1977 in Lübeck, wonach Geschichte im Rahmen der Gemeinschaftskunde unterrichtet werden muß, sofern Geschichte nicht eigenständiges Fach ist, erforderte eine Neubearbeitung der Rahmenrichtlinien Gemeinschaftskunde in der Studienstufe. Die neuen Rahmenrichtlinien sind ab 1.8.1981 gültig.



# INHALTSÜBERSICHT

- A Zur Didaktik**
1. Fachkonzeption
  2. Ziele
- B Zur Unterrichtsgestaltung**
1. Methodische Grundsätze
  2. Unterschiede zwischen Grund- und Leistungskursen
  3. Lernerfolgskontrollen
- C Inhalte**
1. Allgemeine Hinweise
  2. Zum Unterricht im ersten Semester der Studienstufe — Wirtschaft
    - 2.1 Teilbereichslernziele Wirtschaft
    - 2.2 Unterrichtsthemen
      - 2.2.1 Konjunktur und Stabilitätspolitik
      - 2.2.2 Wirtschaftliches Wachstum
      - 2.2.3 Verteilung des Volkseinkommens
  3. Zum Unterricht im zweiten Semester der Studienstufe — Soziologie
    - 3.1 Teilbereichslernziele Gesellschaft
    - 3.2 Unterrichtsthema
      - 3.2.1 Sozialstruktur und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft
  4. Zum Unterricht im dritten Semester der Studienstufe — Politik
    - 4.1 Teilbereichslernziele Politik
    - 4.2 Unterrichtsthema
      - 4.2.1 Politische Herrschaft in Deutschland
  5. Zum Unterricht im vierten Semester der Studienstufe — Internationale Politik
    - 5.1 Teilbereichslernziele Internationale Politik
    - 5.2 Unterrichtsthemen
      - 5.2.1 Konkurrenz der Staaten und Systeme
      - 5.2.2 Frieden und Sicherheit
      - 5.2.3 Internationale Wirtschaftsbeziehungen



## A. Zur Didaktik

### 1. Fachkonzeption

Die grundlegenden Normen unseres Staates sind im GG niedergelegt: Der Schutz der Menschenwürde, die Grundrechte, das Rechtsstaatsprinzip, das Sozialstaatsprinzip, und die institutionellen Regelungen des auf Gewaltenteilung beruhenden parlamentarisch-demokratischen Bundesstaates. Im Rahmen dieser Ordnung ist unsere Gesellschaft grundsätzlich offen und pluralistisch strukturiert. Zu ihrem Wesen gehören Auseinandersetzungen und Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Wertvorstellungen, die ausgetragen und mit Hilfe von Kompromissen und Übereinkünften geregelt, durch Macht und Mehrheit entschieden oder ausgehalten werden müssen.

An diese Voraussetzungen ist der Unterricht gebunden, und aus ihnen ergeben sich verbindliche Folgerungen für die Didaktik.

#### Verantwortliche Mitwirkung

Das Leben in einer Ordnung, die von der Würde des Menschen und der Pluralität der Interessen und Wertvorstellungen ausgeht, ist auf die Teilnahme des einzelnen am politischen Geschehen angewiesen. Der Unterricht hat die Aufgabe, darauf vorzubereiten, indem er den Schülern eine rationale und sachlich fundierte Orientierung ermöglicht, sie zur Wahrnehmung ihrer Grundrechte qualifiziert und sie zum verantwortlichen Handeln im politischen Leben befähigt.

#### Kontroverses Denken

In unserer Demokratie sind öffentliche Fragen aufgrund unterschiedlicher Wertauffassungen und Sachinteressen umstritten. Politik versteht sich daher als Auseinandersetzung mit und Regelung von unterschiedlichen Interessen und Standpunkten. Diesem strukturbedingtem Merkmal entspricht das didaktische Prinzip des kontroversen Denkens. Dieses Prinzip ermöglicht nicht nur einen sachgerechten und zugleich Interesse weckenden Zugang zur Politik, sondern zwingt auch dazu, unterschiedliche Standpunkte gleichwertig vorzustellen und damit Einseitigkeit zu vermeiden. Die Auseinandersetzung mit prinzipiell gleichberechtigten anderen Auffassungen und Interessen fördert die Bereitschaft zu Toleranz und die Einsicht in die Notwendigkeit von Kompromissen. Das Prinzip des Kontroversen soll nicht zu einem beliebigen Einerseits und Andererseits führen, sondern dem Schüler helfen, einen eigenen Standpunkt zu gewinnen und zu vertreten. Er soll dazu geführt werden, die Grundwerte unserer Verfassung bewußt anzuerkennen, er darf aber nicht auf eine bestimmte parteilich-weltanschauliche Position verpflichtet werden.

#### Problemorientierung

Die Vorbereitung der Schüler auf eine Teilnahme am politischen Leben knüpft **an konkrete Fragen und Probleme an, die im Erfahrungsbereich der Schüler liegen und zugleich allgemein wichtig sind. Auf diese Weise wird es möglich, ihre Meinung einzubeziehen, ihr Sachinteresse zu wecken sowie den Unterricht stärker auf Eigentätigkeit und Selbständigkeit auszurichten. Gerade der Einstieg über und die Arbeit an möglichst konkreten und „schulernahen“ Beispielen soll mit dazu beitragen, sich im politischen Leben als Staatsbürger, Mitglied unterschiedlicher Gruppen oder in anderen typischen Rollen zurecht zu finden.** Dabei bevorzugt der Unterricht Fragestellungen, die den Schülern helfen, sich in politische Probleme einzuarbeiten und methodisch kontrolliert über Lösungsmöglichkeiten nachzudenken. Die Orientierung an Problemen darf nicht zu einer parteilichen Reduktion oder zu einer verfälschenden Isolation einzelner Sachverhalte führen. Sie schließt die gründliche Behandlung umfassender Sachzusammenhänge, die Einbeziehung von Theorien und den Erwerb eines soliden Orientierungswissens ein.

#### Wissenschaftlichkeit

Der Unterricht basiert auf Erkenntnissen der Sozialwissenschaften, die Kriterien wissenschaftlicher Arbeit und Auseinandersetzung gelten in elementarisierter Form auch für ihn. Die Orientierung an politischen Problemen schließt aus, daß sich der Unterricht grundsätzlich an der Systematik einer oder mehrerer Wissenschaftsdisziplinen ausrichtet. Andererseits verlangt die Studienstufe propädeutische Einführung in die Wissenschaften. Daher stehen Grundprobleme der Gegenwart im Vordergrund, die in ihrem Kern jeweils einem Wissenschaftsbereich zugeordnet werden können. Wissenschaftliche Fragestellungen, Grundbegriffe und Methoden dienen einerseits dazu, das Problem sachgemäß zu erschließen; andererseits ist der Umgang damit zugleich eine Einführung in wissenschaftliches Denken und Arbeiten. Die wissenschaftspropädeutische Erörterung von politischen Grundfragen kommt ohne Geschichte nicht aus. Sie vertieft das Verständnis durch Rückgriff auf historisch erforschte Entwicklungszusammenhänge. Sie erweitert das Erfahrungsfeld jeder Sozialwissenschaft, indem sie zeigt, daß es andere Zwecke und Formen des Zusammenlebens gegeben hat. Sie leistet einen Beitrag zu ideologiekritischem Denken und zur Identitätsfindung, indem Gegenwärtiges an der erforschten Vergangenheit überprüft und um Erfahrungen der Vergangenheit bereichert werden kann.



## 2. Ziele

Die Ziele des Gemeinschaftskundeunterrichts konkretisieren und differenzieren Aussagen der Allgemeinen Lernziele\*), insbesondere in den Bereichen Grundeinstellungen, Kooperationsfähigkeit und Normenorientierung. Es geht vor allem um Erziehung zu einer verantwortlichen und kritischen Teilnahme am politischen Geschehen, die an den Wertentscheidungen des Grundgesetzes orientiert ist und auf sachlich fundierter Urteils- und Handlungsfähigkeit beruht. Zu ihr gehört die Bereitschaft und Fähigkeit, eigene Interessen und Meinungen auch im Konflikt mit anderen zu vertreten; Toleranz zu üben und Kompromisse zu schließen sowie die Einsicht, daß der individuelle Anspruch auf Selbst- und Mitbestimmung begrenzt wird durch den Anspruch der Gesellschaft auf Kooperation und Integration. In diesem Rahmen sollen folgende Fachlernziele angestrebt werden:

Grundbegriffe, Arbeitstechniken und Verfahrensweisen kennen und anwenden.

Methodenbewußtsein erwerben durch Einsicht in Leistungen und Grenzen der zugrunde liegenden Wissenschaften.

Kennen und Verstehen grundlegender Institutionen, Funktionen und Zusammenhänge unserer und anderer Gesellschaften.

Kennen und Verstehen unterschiedlicher Theorien und wissenschaftlicher Erklärungsansätze.

Erkennen, daß politische, soziale, wirtschaftliche und rechtliche Ordnungs- und Zielvorstellungen an Interessen, Werte, Ideologien gebunden sind und der Legitimation bedürfen.

Erkennen, daß politische, soziale, wirtschaftliche und rechtliche Einrichtungen und Prozesse einschließlich ihrer Legitimationen geschichtlich und räumlich bedingt sind.

Wirkungszusammenhänge ideologischer, machtpolitischer, historischer, sozialer, ökonomischer und geographischer Faktoren erkennen.

Erkennen, daß Entstehung, Entwicklung und politische Wirksamkeit von Theorien und wissenschaftlichen Erklärungen in Zusammenhang stehen mit der jeweiligen gesellschaftlichen und historischen Situation.

Erkennen, daß die Sozialwissenschaften mit Hilfe gedanklicher Systembildung versuchen, Wirklichkeit zu erfassen und daß diese Theorien und Modelle durch Anwendung auf historisch erforschte Prozesse und Erscheinungen überprüft und revidiert werden können.

Sich kritisch auseinandersetzen mit kontroversen Standpunkten und wissenschaftlichen Erklärungen.

Politische Ziele, Sachverhalte und Handlungen differenziert und sachlich begründet beurteilen und einen eigenen Standpunkt gewinnen.

---

\*) Allgemeine Lernziele des Amtes für Schule, Hamburg 1976



## B. Zur Unterrichtsgestaltung

### 1. Methodische Grundsätze

Die angebotenen Unterrichtsthemen zeigen die Komplexität gesellschaftlicher Probleme und politischer Entscheidungsfragen auf. **Der Lehrer muß über den Grad und Umfang der notwendigen didaktischen Reduktion selbst entscheiden** und sollte deshalb beachten, daß für die Schüler das Erkennen der Wirklichkeit mit Hilfe gedanklicher Systembildungen und analytischer Kategorien in den Sozialwissenschaften oft nicht mehr als Erörterung und Nachvollzug von bereits gedachten und konzipierten Lösungen sein kann. Eine zum Teil schwer überschaubare Materialfülle, die nur durch Ordnen und Systematisieren verwertbare Informationen für die Meinungs- und Urteilsbildung hergibt, bedarf der Vermittlung von Techniken geistiger Arbeit: Exzerpieren, Protokollieren, Nachschlagen, Ordnen und Auswerten unterschiedlicher Materialien; Auswertung von Statistiken, verbale und schematische Darstellung von Sachverhalten; Erschließen und Interpretieren von Texten; Argumentieren, Diskutieren, Debattieren, Gesprächsführung.

Um die Schüler zu größerer Selbständigkeit bei der Erarbeitung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen hinzuführen, **sollten möglichst konkrete und im Erfahrungsbereich der Schüler liegende Sachverhalte den Ausgangspunkt bilden** und Fallstudien, Projektarbeit, Rollen- und Planspiele besondere Aufmerksamkeit finden. Daneben hat auch die systematische Darbietung oder Aufarbeitung von Sachverhalten einen Platz. **Als wenig erfolgreich hat sich das Erörtern theoretischer oder wissenschaftlicher Texte über einen Sachverhalt erwiesen, wenn die Schüler über die zugrunde liegende Sache selbst keine konkreten Vorstellungen hatten.** Arbeitsaufträge, Beschaffung, Auswertung und Weitergabe von Informationen können gemeinsam erörtert und geplant werden. Das Arbeiten in Gruppen und mit Partnern ist dabei genauso wichtig wie die Einzelarbeit. Am Ende der Studienstufe muß der Schüler fähig sein, politische Sachverhalte verständlich und begrifflich darzustellen, er muß zitieren und Skizzen, Tabellen sowie Diagramme zeichnen können.

### 2. Unterschiede zwischen Grund- und Leistungskursen

Grund- und Leistungskurse erfüllen den wissenschaftspropädeutischen Anspruch der Studienstufe auf unterschiedliche Weise. Grundkurse orientieren sich vor allem an Fragestellungen, Arbeitsaufgaben und Vorgehensweisen, wie sie für den aufgeklärten Mediennutzer und Wahlbürger zu seiner Urteilsbildung erforderlich sind. Bei gleichem Themenangebot ist der Grundkurs stärker auf exemplarisches Vorgehen und Elementarisierung angewiesen. Grundkurse werden in der Regel besonders komplexe Probleme und Aufgaben zurückstellen, ohne jedoch die Forderung zu vernachlässigen, punktuell vertiefend und problematisierend zu arbeiten. Die notwendigen inhaltlichen Reduktionen im Grundkurs sind durch Auswahl aus dem Lehrplanangebot und Konzentration auf wenige Beispiele und Fälle vorzunehmen.

Im Vergleich zu Grundkursen zielen Leistungskurse ab auf die Ausbildung

- eines differenzierteren Umgangs mit Theorien,
- einer vertieften Kenntnis geschichtlicher Grundlagen,
- einer größeren Selbständigkeit bei der Planung und Durchführung von Arbeitsvorhaben,
- Kenntnis zweier Schriften aus der Fachliteratur zu einem verbindlichen Thema.

### 3. Lernerfolgskontrollen

Zur Kontrolle des Lernerfolgs können herangezogen werden:

- die schriftliche, individuell angefertigte Klausurarbeit,
- die mündliche Leistung,
- die schriftliche Gruppenarbeit (sofern eine individuelle Leistung nachgewiesen werden kann),
- das Protokoll,
- das Referat.

Im Grundkurs werden pro Semester mindestens zwei schriftliche ein- bis zweistündige Klausurarbeiten geschrieben. Im Leistungskurs werden mindestens zwei schriftliche Arbeiten geschrieben, davon eine zweistündige und eine drei- bis vierstündige. Im 3. Semester ist im Grund- und Leistungskurs je eine Arbeit unter Abiturbedingungen abzufassen. Bei den Klausurarbeiten ist darauf zu achten, daß Leistungen auf allen drei Anforderungsebenen erbracht werden können:

- Wiedergabe von Sachverhalten.
- Selbständiges Erklären und Anwenden des Gelernten und Verstandenen.
- Problembezogenes Denken, Urteilen, Begründen.



## C. Inhalte

### 1. Allgemeine Hinweise

Die Teilbereiche des Lehrplans Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Internationale Politik sind Gliederungsprinzip für die vier Semester der Studienstufe. Das bedeutet nicht, daß in ihnen in sich geschlossene, systematische Lehrgänge der Wirtschaftswissenschaften, der Soziologie, der Politologie unterrichtet werden. Gemeinsam ist allen Bereichen die Frage nach den politischen Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in unserer und in anderen Gesellschaften. Verbindlich sind in jedem Fall die Teilbereichslernziele und die Themen der Teilbereiche. In den Teilbereichen Wirtschaft und Internationale Politik kann der Lehrer zwischen mehreren Themen auswählen. Für jedes verbindliche Thema muß mindestens die Hälfte der dem Kurs zur Verfügung stehenden Zeit aufgewandt werden.

In manchen Kursen kann es sich als notwendig erweisen, fehlende Voraussetzungen für die Bearbeitung des Themas aufzuarbeiten. Das kann in der zur freien Verfügung stehenden Zeit geschehen. Im übrigen dient sie dazu, das Thema nach eigener Wahl zu vertiefen oder andere selbstgewählte Themen anzuschließen und verstärkt Aktuelles einzubeziehen.

Die Themen gliedern sich in verbindliche Schwerpunkte. Sie geben jedem Thema eine Sachstruktur, legen den Lehrer aber weder in der Reihenfolge noch in der Art und Weise des Vorgehens oder in der Gewichtung fest. Sie brauchen nicht nacheinander behandelt werden, sondern sie geben dem Lehrer einen Anhaltspunkt, was er sachlich bei seinem didaktisch-methodischen Vorgehen berücksichtigen muß. **Nicht alle Schwerpunkte eines Themas können gleich intensiv erschlossen werden, der Lehrer oder die Fachkonferenz müssen Akzente setzen.**

Auch die methodischen Grundsätze sind verbindlich, ihre Konkretisierung ist Aufgabe der Fachkonferenz oder des Lehrers.

Die mit Spiegelstrichen versehenen Hinweise sind unverbindlich. Sie vermitteln dem Lehrer Anregungen, welche kontroversen, theoretischen Ansätze, historische Beispiele, aktuelle Fälle sich für die konkrete Bearbeitung des Themas eignen könnten.

Zwischen den Teilbereichen bestehen thematische und sachliche Zusammenhänge, deshalb muß der Lehrer bei der Behandlung eines Themas innerhalb eines Teilbereichs auch teilbereichsübergreifende Fragen mit einbeziehen. Er kann beispielsweise im Rahmen des Themas „Politische Herrschaft in Deutschland“ im Teilbereich Politik auch außenpolitische Zusammenhänge aus dem Teilbereich Internationale Politik berücksichtigen oder bei dem Thema „Wirtschaftliches Wachstum“ Handlungs- und Entscheidungsspielräume der Politiker in einer parlamentarischen Demokratie erörtern.

Die Kombination von zwei Themen zu **einem** neuen umfassenderen Thema sollte wegen der damit verbundenen Komplexität als Möglichkeit dem Leistungskurs vorbehalten bleiben. Auch die bei den Themen vorgeschlagenen Exkurse sollten Leistungskursen vorbehalten sein.

### 2. Zum Unterricht im ersten Semester der Studienstufe — Wirtschaft

#### 2.1 Teilbereichslernziele Wirtschaft

Der Schüler soll erkennen, daß sich gegenwärtig zwei grundsätzlich unterschiedliche Wirtschaftsordnungen mit eigenen Leitbildern (Marktwirtschaft und Zentralgeleitete Wirtschaft) gegenüberstehen.

Der Schüler soll Grundzüge ihrer Entstehung und Entwicklung, ihrer Funktionsweise und die zwischen ihnen bestehenden Beziehungen kennen.

Der Schüler soll wichtige soziale und ökonomische Ziele der staatlichen Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland erklären können und wissen, daß bei Zielkonflikten durch politische Entscheidungen Prioritäten gesetzt werden müssen.

Der Schüler soll wichtige Instrumentarien der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland kennen und ihre Funktionen erklären können.

Der Schüler soll die Macht, die Einflußmöglichkeiten und die Kontrollierbarkeit von Interessengruppen und ihren Handlungsspielraum in der Bundesrepublik Deutschland abschätzen können.

Der Schüler soll Einblick in Grundfragen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen gewinnen und Instrumente zur Regelung außenwirtschaftlicher Probleme kennen und anwenden.



## 2.2 Unterrichtsthemen

Konjunktur- und Stabilitätspolitik

Wirtschaftliches Wachstum

Verteilung des Volkseinkommens

Die drei Themen für den Bereich Wirtschaft greifen das Netz der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verflechtungen von verschiedenen Seiten her auf. Jeder Vorschlag ermöglicht den Blick auf die gesamte Problemlage, und zwar unter einer auch in der Wissenschaft zentralen Fragestellung. Die Schüler müssen sich daher bei jedem der drei Themen mit aktuellen, wirtschaftlich-politischen Fragestellungen auseinandersetzen, indem sie Fakten und Begriffe lernen, selbst untersuchen und auf dieser Grundlage zu den Problemen Stellung beziehen.

Bei jedem Thema soll die politische Praxis der Gegenwart durch Einbeziehung von Geschichte und wissenschaftlicher Theorieansätze durchdrungen werden.

### 2.2.1 Konjunktur- und Stabilitätspolitik

#### 1. Konjunkturschwankungen als Problem des Wirtschaftens und Stabilität als politisches Ziel

- Konjunkturelle Lage der Bundesrepublik Deutschland
- Aussagekraft der Stabilitätsindikatoren
- Konflikte zwischen den globalen Zielen der Wirtschaftspolitik

#### 2. Entstehung und Erklärung von Wirtschaftskrisen

- Das Saysche Theorem vom Wirtschaftskreislauf
- Konjunktur und Krise im 19. Jahrhundert
- Marxistische Krisentheorie
- Ursache und Verlauf der Weltwirtschaftskrise
- Keynes' Analyse der Wirtschaftskrise
- Keynes' Programm einer antizyklischen Wirtschaftspolitik

#### 3. Wirtschaftskrisen und Stabilitätspolitik

- Antizyklische Wirtschaftspolitik in den USA (New Deal) und im Dritten Reich (Aufrüstung)
- Der Westdeutsche Wirtschaftsaufschwung
- Die Rezession von 1967
- Stabilitätsgesetz und antizyklische Konjunkturpolitik
- Konjunkturelle Probleme der 70er Jahre (Stagflation)
- Möglichkeiten und Probleme staatlicher Intervention im Marktgeschehen
- „Alternativen der Wirtschaftspolitik“ (Das Konzept der Monetaristen und der Investitionslenkung)

#### 4. Stabilitätsprobleme in zentralgeleiteten Volkswirtschaften

- Die Entstehung der zentralgeleiteten Wirtschaft in der UdSSR
- Plan und Markt in zentralgeleiteten Wirtschaften
- Funktionsweise der zentralgeleiteten Wirtschaft in der DDR
- Wirtschaftliche Situation der DDR
- Sozialistische Marktwirtschaft als „dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus



Die zentrale Frage dieses Themas in der politischen wie in der wissenschaftlichen Diskussion ist die nach den Ursachen der Schwankungen in den Leistungen einer Volkswirtschaft und den Möglichkeiten, die Leistungen der Wirtschaft auf hohem Niveau zu stabilisieren. Die Behandlung des Themas unter dieser Fragestellung soll dazu führen, daß die Schüler konkrete Vorstellungen über das Ausmaß und die Auswirkungen von Konjunkturschwankungen in unserer Wirtschaft gewinnen und daß sie Mittel, die zur Steuerung eingesetzt werden, in ihren erwünschten und unerwünschten Folgen für unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft einschätzen können. Um dieses zu erreichen, muß der Unterricht Grundwissen vermitteln über

- Möglichkeiten und Probleme, die jeweilige konjunkturelle Lage in der Bundesrepublik Deutschland zu erfassen,
- die Interessenlage, Macht und Einflußmöglichkeiten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen auf die Gestaltung der Konjunkturpolitik,
- die Auswirkungen der Außenwirtschaftsbeziehungen, der Unternehmenskonzentration, des Staatsanteils und der organisierten Interessen auf die konjunkturelle Lage,
- unterschiedliche theoretische Ansätze zur Erklärung der Befunde,
- den rechtlichen Rahmen, der der Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland gesetzt ist,
- Erscheinungsformen von Instabilität in anderen Wirtschaftssystemen und deren Steuerungsinstrumentarien.

Der Unterricht soll so durchgeführt werden, daß der Schüler auf folgende Fragen begründete Antworten geben kann:

- Wie wird die gegenwärtige konjunkturelle Lage der Bundesrepublik Deutschland und von wem interpretiert?
- Wodurch entstehen Wirtschaftskrisen?
- Inwieweit kann staatliche Wirtschaftspolitik Stabilität sichern?
- Kann eine zentralverwaltete Wirtschaft Probleme der Instabilität besser lösen?

## 2.2.2 Wirtschaftliches Wachstum

1. **Wirtschaftliches Wachstum als Problem und politisches Ziel**
  - Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich
  - Indikatoren für Lebensstandard und Lebensqualität und ihre Problematik
  - Motive für Wachstum und Wachstumspolitik
  - Ökologische und soziale Folgen heutigen Wirtschaftswachstums
2. **Entstehung und Entwicklung „wachsender Wirtschaften“**
  - Zunftwirtschaft als Modell einer stationären Wirtschaft
  - Entstehung einer evolutischen Wirtschaft: z.B. im Frühkapitalismus, Merkantilismus oder Kameralismus
  - Theorie des wirtschaftlichen Fortschritts bei Adam Smith
  - Industrialisierung und wirtschaftliche Expansion im 19. Jahrhundert
  - Wirtschaftswachstum unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts
  - Probleme des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern
3. **Wachstumspolitik und ihre Folgen**
  - Auswirkungen des Wachstums auf Preisstabilität, Vollbeschäftigung und Verteilung
  - Erklärungsversuche von Wachstum
  - Kapazitäts- und Kaufkrafteffekte von Investitionen
  - Wissenschaftlicher und technischer Fortschritt als „dritter Faktor“
  - Wachstumspolitik in der Bundesrepublik Deutschland
  - Wachstumspolitik in der DDR
4. **Grenzen des Wachstums**
  - Das Weltmodell des „Club of Rome“
  - Marktorientierung und dirigistische Reaktionen auf die Wachstumskrise
  - Die Kontroverse um quantitatives und qualitatives Wachstum
  - Überlegungen zu alternativen Lebensformen



Das Thema wirft die Frage nach der Art und den Grenzen des Wirtschaftswachstums auf. Die Schwerpunkte sind darauf ausgerichtet, Thesen und Positionen der politischen und wissenschaftlichen Diskussion aufzunehmen. Dadurch soll sichergestellt werden, daß die Schüler konkrete Vorstellungen darüber gewinnen, in welchem Ausmaß und welcher Art die Leistung der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland gewachsen ist und welche sozialen Gruppen und welche Strukturen durch dieses Wachstum begünstigt wurden. Um Ansatzpunkte für eine kritische Beurteilung der Wachstumspolitik zu gewinnen, ist es erforderlich, daß der Unterricht Grundwissen vermittelt über

- Möglichkeiten und Probleme, Umfang und Art des Wirtschaftswachstums zu erfassen,
- die Interessenlage, Macht und Einflußmöglichkeiten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen auf die Zielformulierung und die zu wählende Politik,
- die Funktion und Auswirkungen von Wachstumspolitik auf die Außenwirtschaftsbeziehungen, die Umwelt, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen,
- unterschiedliche theoretische Ansätze zur Erklärung von Wachstum,
- Alternativen zur bisherigen Wachstumspolitik.

Der Unterricht soll so durchgeführt werden, daß der Schüler auf folgende Fragen begründete Antworten geben kann:

- Wie wird wirtschaftliches Wachstum (von wem?) definiert?
- Wie entstehen wachsende Wirtschaften?
- Inwieweit läßt sich wirtschaftliches Wachstum beeinflussen?
- Sind wirtschaftlichem Wachstum Grenzen gesetzt?

### 2.2.3 Verteilung des Volkseigentums

1. Einkommens- und Vermögensverteilung als Problem des Wirtschaftens und „gerechte Verteilung“ als politisches Ziel
  - Gegenwärtige Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland
  - Gegenwärtige Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland
  - Probleme der statistischen Erfassung
  - Ansätze der Verteilungstheorien
  - Verteilungskonflikte im Zielkonflikt staatlicher Wirtschaftspolitik
2. Entstehung und Entwicklung des Verteilungsproblems seit der Industrialisierung
  - Manchesterkapitalismus
  - Entstehung von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden
  - Anfänge staatlicher Sozialpolitik
  - Unterdrückung des Verteilungskonflikts im „Dritten Reich“
  - Verteilungspolitik nach der Währungsreform 1948
  - Die staatliche Planung der Lohnpolitik und die Verteilung von Einkommen und Vermögen in der DDR
3. Die Rolle des Staates bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen
  - Grundzüge staatlicher Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland
  - Möglichkeiten der Kontrolle wirtschaftlicher Macht
4. Vorstellungen und Pläne für eine gerechtere Verteilung
  - Maßstäbe und Zielsetzungen der Parteien
  - Maßstäbe und Zielsetzungen der Gewerkschaften
  - Maßstäbe und Zielsetzungen der Unternehmerverbände



Die Auseinandersetzung über die Verteilung des Volkseinkommens spielt Jahr für Jahr in der politischen Diskussion eine wesentliche Rolle, auch in der Wissenschaft wird um dieses Problem anhaltend gestritten. Die Schwerpunkte sollen gewährleisten, daß die Schüler konkrete Vorstellungen über die gegenwärtige Verteilung des Volkseinkommens und der Vermögen gewinnen, daß sie Folgen der verwirklichten Verteilung für die Lebensbedingungen, die Chancengleichheit und den sozialen Frieden erfassen, damit sie Forderungen und Maßnahmen, die auf eine Änderung oder Beibehaltung der gegenwärtigen Verteilung zielen, kritisch beurteilen können. Dazu ist erforderlich, daß der Unterricht Grundwissen vermittelt über

- Möglichkeiten und Probleme, die Art der gegenwärtigen Verteilung von Einkommen und Vermögen zu erfassen,
- Interessenlagen, Macht und Einflußmöglichkeiten von Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und staatlichen Instanzen,
- die Folgen des verwirklichten Verteilungssystems für den einzelnen und das Wirtschaftssystem,
- unterschiedliche theoretische Ansätze zur Erklärung der bestehenden Verteilung,
- den rechtlichen Rahmen, der für Verteilungskämpfe gesetzt ist,
- Modelle und Pläne zur Änderung der gegenwärtigen Einkommens- und Vermögensverteilung.

Der Unterricht sollte so durchgeführt werden, daß der Schüler auf folgende Fragen begründete Antworten geben kann:

- Wie wird das Volkseinkommen verteilt?
- Wie hat sich das gegenwärtige System der Verteilung seit der industriellen Revolution herausgebildet?
- Welche Funktion hat der Staat bei der Umverteilung?
- Welche Rolle spielen Parteien und Verbände bei der Umverteilung?
- Ist eine gerechtere Verteilung möglich?



### **3. Zum Unterricht im zweiten Semester der Studienstufe — Soziologie**

#### **3.1 Teilbereichslernziele Gesellschaft**

Der Schüler soll erkennen, daß bestehende Gesellschaften danach eingeordnet und beurteilt werden, in welchem Ausmaß die Prinzipien Freiheit und Gleichheit in ihnen verwirklicht sind.

Der Schüler soll Grundzüge der Entstehung und Entwicklung der „Industriegesellschaft“ und ihre wichtigsten Merkmale kennen.

Der Schüler soll wichtige Zielvorstellungen und Mittel der Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland kennen und auf ihre Konsequenzen hin — auch im politischen und wirtschaftlichen Bereich — abschätzen können.

Der Schüler soll gesellschaftspolitische Ziele von Gruppen und Institutionen auf die zugrunde liegenden Interessen und auf ideologische Bindungen hin befragen und beurteilen können.

Der Schüler soll erkennen, daß in einer Gesellschaft, die auf Freiheit des einzelnen, Gruppenautonomie und Rechtsstaatlichkeit beruht, die Macht des Staates begrenzt sein muß.

Der Schüler soll Einblick in Grundfragen menschlichen Zusammenlebens gewinnen und Grundbegriffe soziologischer Analyse und Erklärungen kennen und anwenden können.

#### **3.2 Unterrichtsthema**

Sozialstruktur und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft

Dieser Teilbereich enthält nur ein verbindliches Thema. Es dient zur Einführung in soziologische Betrachtungsweisen, gleichzeitig soll aber damit der Grund gelegt werden für das Verständnis unserer heutigen Gesellschaft. Davon ausgehend bietet es sich an, Vergleiche mit unterentwickelten Gesellschaften in der Dritten und Vierten Welt einzubeziehen. Im Anschluß daran können Fragen aus der speziellen Soziologie oder Aspekte der Sozialpsychologie behandelt werden.

Der Unterricht über die Sozialstruktur in der Industriegesellschaft führt zur Erörterung des Spannungsverhältnisses zwischen Sozialstaatsprinzip einerseits und individueller Freiheit andererseits in der Bundesrepublik Deutschland. Die unterschiedliche Beschreibung und Interpretation der Struktur von Industriegesellschaften durch die Sozialwissenschaftler ermöglicht dabei Einführung und Auseinandersetzung mit der Ideologieproblematik. Unter ideologiekritischen Aspekten können auch politische Auseinandersetzungen um Reformen im Hinblick auf Interessen, Ordnungs- und Wertvorstellungen dargestellt werden.

Im Zusammenhang mit dem Lehrplanthema können soziale Utopien behandelt werden. Damit kommt der Lehrer den Denk- und Vorstellungsformen vieler Schüler entgegen, die Werte und Wertorientierungen unserer Gesellschaft in Frage stellen und „Fluchtwege“ aus unserer Zivilisation suchen. Dies könnte Anlaß für ein Anschlußprojekt sein, das ausgehend von der prinzipiellen Unvollendbarkeit menschlicher Gesellschaften alternative Formen bestehender und entstehender Subkulturen analysiert und deutet.

Soweit es für notwendig und sinnvoll erachtet wird, kann im Rahmen dieses Themas unter dem Aspekt Soziale Ungleichheit auch eine vertiefende Behandlung des Sozialisationsprozesses und der Bedeutung der Sozialisationsinstanzen erfolgen.



### 3.2.1 Sozialstruktur und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft

1. **Unterschiedliche Erklärungsansätze zum Verständnis von Gesellschaft**
  - Sozialstruktur und soziale Schichtung
  - Schichtungsmodelle und ihre Problematik
  - Kontroverse Interpretationen:
    - die nivellierte Mittelstandsgesellschaft
    - die spätkapitalistische Klassengesellschaft
    - die nachindustrielle Gesellschaft
2. **Entstehung und Ursachen sozialer Ungleichheit**
  - Klassentheorie
  - Erklärung durch Schichtenmodelle
  - Konflikttheorie  
(Ansätze, Variablenstrukturen, Kritiken)
3. **Wandel in den Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit**
  - Die ständische Gesellschaft
  - Die Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts
  - Soziale Differenzierung im 20. Jahrhundert
4. **Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland**
  - Sozialstaatsprinzip und individuelle Freiheit
  - Legitimation und Kritik des Leistungsprinzips
  - Bedingungen und Probleme von Reformen, die zur Verbesserung der „Chancengleichheit“ führen, z.B. in der Familienpolitik, im Bildungswesen, in der Steuer-, Sozial- und Strukturpolitik
5. **Klassen und Schichten in Staaten des Ostblocks**
  - Die Utopie von der „Klassenlosen Gesellschaft“
  - Interpretationen: Leistungseliten oder neue Klasse
  - Maßnahmen zum Abbau sozialer Ungleichheit.

Die zentrale Frage des Themas in der sozialwissenschaftlichen sowie in der politischen Diskussion ist die nach der sozialen Ungleichheit und den Möglichkeiten und Grenzen ihres Abbaus. Die Schwerpunkte sollen sicherstellen, daß die Schüler konkrete Vorstellungen über Erscheinungsformen und Ausmaß sozialer Ungleichheit in unserer Gesellschaft gewinnen und zu kritischer Beurteilung einer auf Erhaltung, Minderung oder Beseitigung sozialer Ungleichheit gerichteten Politik gelangen.

Dazu ist es erforderlich, daß der Unterricht Grundwissen vermittelt über

- Probleme und Schwierigkeiten bei der Analyse der Verteilung von Lebenslagen, Macht und Einflußmöglichkeiten unter Menschen einer Gesellschaft,
- unterschiedliche theoretische Konzepte zur Erklärung der Befunde,
- Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit in anderen Gesellschaften,
- Veränderungsmöglichkeiten und Stabilitätsbedingungen in der sozialen Schichtung einer Gesellschaft.

Der Unterricht sollte so durchgeführt werden, daß der Schüler auf folgende Fragen begründete Antworten geben kann:

- Wie wird die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland legitimiert und interpretiert?
- Wodurch entsteht soziale Ungleichheit?
- Inwieweit hat sich die soziale Ungleichheit seit dem letzten Jahrhundert verringert?
- Inwieweit kann soziale „Chancengleichheit“ in der Bundesrepublik verwirklicht werden?
- Inwieweit kann die „Klassenlose Gesellschaft“ im Staatssozialismus der Ostblockländer verwirklicht werden?



## 4. Zum Unterricht im dritten Semester der Studienstufe — Politik

### 4.1 Teilbereichslernziele Politik

Der Schüler soll erkennen, daß sich auf unterschiedliche anthropologische Voraussetzungen und auf das unterschiedliche Verständnis von Volkssouveränität unterschiedliche politische Ordnungsprinzipien und Demokratievorstellungen gründen.

Der Schüler soll die Grundzüge der Entstehung und Entwicklung der beiden deutschen Staaten, ihre wichtigsten Merkmale und ihre historischen Grundlagen und Traditionen kennen.

Der Schüler soll erkennen, daß in den politischen Ordnungssystemen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

- die gesellschaftlichen Probleme unterschiedlich interpretiert werden und sich diese Interpretationen auf das politische Handeln auswirken,
- die Wechselbeziehungen zwischen Gruppen und Institutionen unterschiedlich geregelt sind und Entscheidungsprozesse und Konfliktlösungen unterschiedlich verlaufen.

Der Schüler soll die Macht, den Handlungsspielraum und die Kontrollierbarkeit von Verbänden, Parteien und Institutionen einschätzen können.

Der Schüler soll erkennen, daß Parteien und Interessenverbände in einer pluralistischen Gesellschaft miteinander konkurrieren und bei der Durchsetzung ihrer Interessen auch gesamtgesellschaftliche Verantwortung tragen.

Der Schüler soll erkennen, daß das Allgemeininteresse in kommunistischen Systemen von der Führung der marxistisch-leninistischen Partei verbindlich interpretiert wird.

Der Schüler soll die politischen Ordnungssysteme in Deutschland danach beurteilen, welches Rollenverständnis des einzelnen sie fördern bzw. hemmen, welche Konfliktregelungen sie einleiten, wie Machtkontrolle wirksam wird und welche Leistungsfähigkeit sie für die Lösung der Gegenwartsprobleme aufweisen.

### 4.2 Unterrichtsthema

Politische Herrschaft in Deutschland

Für diesen Teilbereich ist nur ein verbindliches Thema vorgesehen. Es enthält Grundwissen zum Verstehen und Zurechtfinden in unserem politischen Ordnungssystem und ist damit zugleich Grundlage speziellerer Fragen in der politischen Bildung.

Das Thema ermöglicht die Einbeziehung aktueller Ereignisse und ideologischer Probleme und läßt sich vielfältig ergänzen, indem konstitutionelle Regierungssysteme anderer Staaten, aber auch frühere Herrschaftssysteme zum Vergleich herangezogen werden.

Dabei kann das unterschiedliche Verständnis des Prinzips der Volkssouveränität in anderen Staaten dazu genutzt werden, verschiedene Formen ihrer Institutionalisierung davon abzuleiten.

Um zu verdeutlichen, warum z.B. im Grundgesetz das repräsentative Prinzip verstärkt, plebiszitäre Elemente reduziert sind, muß auf die Geschichte der Demokratie in Deutschland eingegangen werden. Ebenso wichtig ist die Darstellung historischer Grundentscheidungen in der Nachkriegsgeschichte. Hier können Schüler den Zusammenhang zwischen persönlicher Existenz und Lebensgestaltungsmöglichkeiten und den damals getroffenen Entscheidungen erfahren. Die vielfältigen Verflechtungen der Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland mit der Problematik der deutschen Frage legt die Möglichkeit nahe, Fragen aus dem Teilbereich Internationale Beziehungen mit zu berücksichtigen.



#### 4.2.1 Politische Herrschaft in Deutschland

1. **Demokratietheorien**
  - Identitätstheorie
  - Konkurrenztheorie
2. **Stationen demokratischer Entwicklung in Deutschland**
  - Die Tradition der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland
  - Die demokratische Bewegung von 1848
  - Novemberrevolution: Repräsentative Demokratie oder Räte­demokratie
  - Leistung und Gefährdung der Weimarer Republik
  - Die nationalsozialistische Diktatur
  - Der deutsche Widerstand
  - Anfänge demokratischer Entwicklung nach 1945
3. **Politische Herrschaft in der Bundesrepublik Deutschland**
  - Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als Handlungsauftrag für die Verwirklichung des demokratischen Rechts- und Sozialstaates
  - Liberale und soziale Grundrechte
  - Das parlamentarische Regierungssystem — Gewaltenteilung — Gewaltenschränkung
  - Politische Willensbildung in den Parteien
  - Der politische Einfluß der Verbände
  - Notwendigkeit und Gefahr von Bürokratie
  - Erweiterung der Partizipation: Bürgerinitiativen, Mitbestimmung
4. **Politische Herrschaft in der Deutschen Demokratischen Republik**

Das Selbstverständnis der DDR in Ideologie und Wirklichkeit

  - Die führende Rolle der SED
  - Die Funktion der Massenorganisationen
  - Gewalteneinheit im Staat
  - Partizipationsmöglichkeiten und Grenzen
5. **Die politischen Systeme und ihre Kritiker**
  - Links- und Rechtsradikalismus
  - Alternative Bewegungen: Engagement oder Ausstieg?
  - Systemkritik und Opposition in der DDR
6. **Das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander**
  - Konfrontation oder Kooperation
  - Die deutsche Nation in der Sicht der beiden deutschen Staaten

Die Behandlung des Themas unter diesen Schwerpunkten muß sicherstellen, daß der Schüler konkrete Vorstellungen über politische Herrschaft in beiden deutschen Staaten gewinnt und zu fundierter kritischer Beurteilung beider Systeme hinsichtlich ihres Selbstverständnisses, ihrer Leistungsfähigkeit und der Partizipationsmöglichkeiten für den einzelnen gelangt.

Dabei ist es notwendig, beide Systeme sowohl nach systemimmanenten Kriterien zu analysieren und zu beurteilen als auch nach dem jeweils systemfremden. Die jeweils andere Funktion des Staates im Verhältnis zur Gesellschaft sollte besonders herausgestellt werden, um das unterschiedliche Selbstverständnis der deutschen Staaten charakterisieren zu können.

Der Unterricht soll so durchgeführt werden, daß der Schüler auf folgende Fragen begründete Antworten geben kann:

- Was ist Demokratie?
- Wie hat sich Demokratie in Deutschland entwickelt?
- Wie funktioniert politische Herrschaft in der Bundesrepublik Deutschland?
- Wie funktioniert politische Herrschaft in der DDR?
- Wie wird die demokratisch-rechtsstaatliche Herrschaft der Bundesrepublik Deutschland legitimiert?
- Wie wird die Einparteienherrschaft in der DDR legitimiert?



## 5. Zum Unterricht im vierten Semester der Studienstufe — Internationale Politik

Da für den Unterricht im vierten Semester weniger Zeit zur Verfügung steht, können Themen dieses Teilbereichs bereits im 3. Semester begonnen werden.

### 5.1 Teilbereichslernziele Internationale Politik

Der Schüler soll erkennen, welche grundsätzlichen Zusammenhänge und Abhängigkeiten die internationalen Beziehungen bestimmen.

Der Schüler soll Grundzüge der Entstehung und Entwicklung des „Ost-West-Konflikts“ und des „Nord-Süd-Konflikts“ kennen und zukünftige Entwicklungstendenzen abschätzen.

Der Schüler soll außenpolitische Zielsetzungen unter dem Aspekt nationalstaatlicher Eigeninteressen erklären können.

Der Schüler soll Zielsetzungen internationaler Organisationen kennen und ihre Einflußmöglichkeiten auf die friedliche Lösung von Konflikten, Förderung internationaler, wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit einschätzen können.

Der Schüler soll erkennen, daß

- Interessen und Ziele der einzelnen Staaten und internationalen Organisationen sich zum Teil widersprechen und es dadurch zu internationalen Konflikten kommen kann,
- der zwischenstaatlich ausgehandelte Kompromiß die Durchsetzung der Interessen und das Erreichen der Ziele zumindest partiell ermöglichen kann,
- einzelstaatliche Ziele und Zielsetzungen von internationalen Organisationen durch verschiedene Gruppen unterschiedlich interpretiert werden.

Der Schüler soll die wichtigsten Mittel und Methoden, die Staaten zur Durchsetzung ihrer außenpolitischen Ziele anwenden, kennen.

### 5.2 Unterrichtsthemen

Konkurrenz der Staaten und Systeme

Frieden und Sicherheit

Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Die unterschiedliche Entwicklung der Nationalstaaten, die Vielfalt der Wertvorstellungen, sich ständig ändernde Machtkonstellationen und die vielseitigen Verflechtungen aller Probleme erschweren die Behandlung gerade internationaler Fragen.

Die zum Teil wenig überschaubaren Bedingungsfaktoren in den internationalen Beziehungen erfordern nicht nur umfangreiche und kontinuierliche Informationen, sie setzen die regelmäßige Beobachtung weltpolitischer Fragen in den Medien voraus. **Es ist unumgänglich, geeignete exemplarische Probleme, Konflikte oder Fälle auszuwählen, von denen her sich umfassendere Entscheidungssituationen und Strukturen veranschaulichen und verständlich machen lassen.** Komplexität und Aktualität internationaler Fragen ermöglichen nur relativ ungesicherte und standpunktgebundene Untersuchungsergebnisse. Selbstverständliche Begriffe wie Frieden, Gewalt, Macht und Recht sind unter der jeweiligen Interessenlage zu differenzieren und zu problematisieren. Weltweite Folgen von Interaktionen können nicht mehr nur vom Blickwinkel nationaler Eigeninteressen betrachtet werden.

Eine besondere Schwierigkeit besteht darin, daß Modalitäten und Inhalte des Politischen sich in der Internationalen Politik anders und distanzierter darstellen: Verfassungsnormen und institutionelle Zwänge spielen eine geringere Rolle, während interessenbedingtes bzw. ideologisch geprägtes und auf Macht gegründetes Handeln dominiert.



## 5.2.1 Konkurrenz der Staaten und Systeme

1. **Grundlagen internationaler Beziehungen**
  - Zielsetzungen des Völkerrechts
  - Theorien internationaler Beziehungen
  - Kolonialismus und Imperialismus im 19. Jahrhundert
  - Ansätze zu internationaler Zusammenarbeit vor dem 2. Weltkrieg
  - Grenzen nationaler Interessenpolitik
  - Macht und Recht in der internationalen Politik
2. **Entstehung und Bedingungen des Ost-West-Konflikts**
  - Die weltpolitische Situation am Ende des 2. Weltkrieges
  - Die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zum Ost-West-Konflikt
  - Die USA als Führungsmacht der westlichen Welt
  - Die UdSSR als Führungsmacht des sozialistischen Ostblocks
  - Hegemonialbestrebungen und ideologische Konflikte der Weltmächte
  - Bipolarität und Multipolarität
3. **Möglichkeiten internationaler Konfliktregelung**
  - Die Bedeutung internationaler Konfliktregelungsmechanismen
  - Ansätze zu einem internationalen Interessenausgleich
  - Die Rolle der UNO bei der Lösung internationaler Konflikte
  - Der internationale Gerichtshof
  - Die Bereitschaft der Weltmächte zu internationaler Zusammenarbeit
  - Die Strategien der friedlichen Koexistenz und der Konvergenz der Systeme
  - Die Möglichkeiten zwischenstaatlichen Interessenausgleichs
4. **Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld der Weltpolitik**
  - Die Spaltung Deutschlands als Folge des 2. Weltkrieges
  - Die Westintegration der Bundesrepublik und ihre Stellung zu den USA und zur UdSSR
  - Die besonderen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten
  - Außenpolitische Zielvorstellungen
  - Die deutsche Frage als Problem internationaler Konfliktregelung

Vor dem Hintergrund der weltweiten Auseinandersetzung der Staaten, Bündnisse und „Lager“ stellt das Verhältnis von Macht und Recht bei der Regelung zwischenstaatlicher Beziehungen ein Kernproblem dar. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Entstehung des Ost-West-Konflikts und seine gegenwärtigen Bedingungen zu erörtern und die davon ausgehenden Einflüsse auf die internationale Lage zu untersuchen. An konkreten exemplarischen Beispielen sollte die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen einer friedlichen Konfliktregelung nachgegangen werden. Dabei müßte deutlich werden, wie schwierig es ist, unterschiedliche Interessen und Ziele der Staaten einem anerkannten Konfliktregelungsmodus zu unterwerfen, welchen Einfluß bereits bestehende Institutionen auf die Regelung internationaler Konflikte haben und inwieweit die Konkurrenz der Staaten und Systeme Ansätze zu einer weltweiten friedlichen Regelung mitbestimmt. Die Schwerpunkte müssen unterschiedlich akzentuiert werden, damit es gerade in Berücksichtigung der verkürzten Unterrichtszeit des vierten Semesters möglich wird, das Thema insgesamt angemessen zu behandeln. Es bietet sich an, in das Thema „Konkurrenz der Staaten und Systeme“ Grundfragen der Entwicklungspolitik bzw. des Nord-Süd-Konflikts und Grundprobleme der Sicherheitspolitik schon mit einzubeziehen. Doch sind diese Erweiterungen des ohnehin komplexen Themenbereichs höchstens ansatzweise und auch dann nur im Leistungskurs möglich.

Der Unterricht soll so durchgeführt werden, daß der Schüler auf folgende Fragen begründete Antworten geben kann:

- Welche Grundsätze bestimmen internationale Beziehungen?
- Was sind die wichtigsten Merkmale des Ost-West-Gegensatzes?
- Warum ist es so schwierig, internationale Beziehungen zu regeln?
- Welche Stellung nimmt die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld der Weltpolitik ein?



## 5.2.2 Frieden und Sicherheit

### 1. Krieg und Frieden

- Der Krieg als „historisches Naturereignis“
- Erscheinungsformen des Krieges
- Rechtfertigungen des Krieges: gerechte und ungerechte Kriege
- Kriegsursachentheorien
- Exkurs: Ursachen des 1. und 2. Weltkrieges
- Moderne Kriegsführung
- Erscheinungsformen des Friedens
- Friedenstheorien

### 2. Die Entwicklung des Ost-West-Konflikts

- Friedensvorstellungen und die Gründung der UNO
- Die Anfänge des Kalten Krieges
- Die Entwicklung der Militärböcke Nato und Warschauer Pakt
- Die Bipolarität der Weltpolitik und der Kampf um Einflußsphären

### 3. Wettrüsten und Sicherheitspolitik

- Die Entwicklung der Waffentechnik und die gegenwärtige Rüstungssituation
- Das atomare Patt und seine Bedingungen
- Der Rüstungswettlauf und das Problem des militärischen Gleichgewichts
- Strategische Konzeptionen in Ost und West
- Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland

### 4. Internationale Friedensbemühungen

- Die Rolle der Vereinten Nationen
- Internationale Abrüstungsverhandlungen und ihre Ergebnisse
- Der europäische Raum und die Bedeutung der KSZE
- Möglichkeiten für ein internationales Krisenmanagement

### 5. Alternative Friedenskonzeptionen

- Die unilateralistische Friedenskonzeption
- Die gradualistische Friedenskonzeption
- Gewaltfreie Aktion als Alternative zur militärischen Verteidigung

Ein Grundproblem der gegenwärtigen internationalen Sicherheitspolitik besteht in der Überwindung latenter Kriegsgefahren, insbesondere zwischen den großen Bündnissystemen. Zur Beurteilung dieses Problems gilt es, sowohl Entstehung und Bedingungen der aktuellen internationalen militärischen Lage zu untersuchen wie auch nach den grundsätzlichen Ursachen für Krieg und nach den Bedingungen eines dauerhaften Friedens zu fragen. An konkreten Beispielen sollte die zentrale Frage untersucht werden, ob der Weltfriede durch das bestehende nukleare Abschreckungssystem der Supermächte gewahrt werden kann. In diesem Zusammenhang müssen die Bedeutung und die Konsequenzen des Rüstungswettlaufs wie überhaupt die Rolle des militärischen Gleichgewichts für die internationale Sicherheitspolitik und deren Auswirkung auf die nationale Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland deutlich werden. Bei der Betrachtung theoretischer Erklärungsansätze für die derzeitige militärische wie politische Weltlage wie auch bei der Beurteilung strategischer und politischer Konzeptionen in Ost und West sollte sichtbar werden, daß militärisches Planen und Handeln jeweils konkreten politischen Entscheidungen und Absichten entspringen. Eine Verbindung zum Thema „Konkurrenz der Staaten und Systeme“ bietet sich hier an. Doch sollte dabei beachtet werden, daß selbst in einem Leistungskurs des vierten Semesters kaum alle Schwerpunkte gleich intensiv behandelt werden können.



Der Unterricht soll so durchgeführt werden, daß der Schüler auf folgende Fragen begründete Antworten geben kann:

- Welche Ziele und Aufgaben hat die Friedensforschung?
- Warum ließ sich in der weltpolitischen Konstellation nach 1945 ein System kollektiver Sicherheit nicht realisieren?
- Kann der Frieden durch das „Gleichgewicht des Schreckens“ gewahrt werden?
- Unter welchen nationalen und internationalen Bedingungen ist eine Kriegsverhütung möglich?

### 5.2.3 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

#### 1. Grundlagen des Welthandels

- Theoretische Grundlagen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen
- Entwicklungsbedingungen des Welthandels
- Die Bedeutung des Außenbeitrages (Exkurs: Die Weltwirtschaftskrise von 1929)

#### 2. Die Entstehung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen

- Die Entwicklung der Weltwirtschaft nach 1945
- Das Weltwährungssystem seit Bretton Woods
- Wirtschaftliche Zusammenschlüsse und Verflechtungen
- Wirtschaftskrisen als Folge internationaler Konflikte

#### 3. Probleme des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems

- Die Stellung der Industriestaaten im Welthandel
- Wirtschaftsbeziehungen zwischen Entwicklungsländern und Industrienationen (der Nord-Süd-Konflikt)
- Strukturelle Abhängigkeit und Unterentwicklung
- Rohstoffreserven und Rohstoffverteilung
- Die Rolle der internationalen Konzerne
- Wirtschaftsbeziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Wirtschaftsordnung
- Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland

#### 4. Internationale Wirtschaftspolitik und nationale Wirtschaftsinteressen

- Die Funktion und Chancen internationaler Abkommen (IWF, GATT)
- Das Problem der Rohstoffverteilung
- Reformansätze des Weltwährungssystems
- Möglichkeiten und Grenzen internationaler Wirtschaftshilfe
- Voraussetzungen und Chancen des freien Handels
- Die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung



Rahmenrichtlinien  
Gemeinschaftskunde  
in der Studienstufe

Georg-Eckert-Institut  
für Internationale  
Schulbuchforschung  
Braunschweig  
Schulbuchbibliothek

Korrekturen:

Seite 7, Mitte: statt Volkseigentums heißt es Volkseinkommens

Seite 9, erste Zeile oben: statt Soziologie heißt es Gesellschaft

Neue Seite 17:

Das Thema zielt vornehmlich auf Steuerungsprobleme der Weltwirtschaft, den Nord-Süd-Verteilungskonflikt und den Ost-West-Wirtschaftsaustausch. Der Lehrer muß dabei die Schwerpunkte unterschiedlich gewichten, da sich nicht alles in der zur Verfügung stehenden Zeit gleichgewichtig behandeln läßt. An geeigneten Beispielen sind grundlegende Fragen, wie Einsatz ökonomischer Machtmittel, Zusammenhang von wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit, Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit und globale Integrationsversuche zu behandeln. Dabei soll erreicht werden, daß der Schüler konkrete Vorstellungen von den Mechanismen, den Verflechtungen und den Ungleichgewichten internationaler Wirtschaftsbeziehungen gewinnt und fähig wird, gegenwärtige Probleme der Weltwirtschaft zu verstehen und zu beurteilen.

Der Unterricht sollte so durchgeführt werden, daß der Schüler auf folgende Fragen begründete Antworten geben kann:

- Wie ist die gegenwärtige Struktur der internationalen Wirtschaftsbeziehungen entstanden?
- Welche Probleme bestimmen die internationalen Wirtschaftsbeziehungen?
- Wie entstehen gegenseitige Abhängigkeiten und wie können sie abgebaut werden?
- Wie können nationale Wirtschaftsinteressen regional und international ausgeglichen werden?



